

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

107. Sitzung

am Donnerstag, dem 21. August 2003, 10:00 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Tätigkeitsbericht 2003 des Unabhängigen Landesentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein	5
Drucksache 15/2535	
2. Bericht des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein an den Landtag und an die Landesregierung gemäß § 99 LHO über das Ergebnis der Prüfung „Reformvorhaben der Landesregierung; Bilanz der Modernisierung“	7
3. Sanierung und Ausbau der Polizeiinspektion Plön, Hamburger Straße 30/32	8
Vorlage des Innenministeriums Umdruck 15/3516	
4. Vermeidung von Frühpensionierungen	10
Bericht des Innenministeriums Umdruck 15/3513	
5. Vorlage der Unterlagen für den Einzelplan 07 zur Aufstellung der Haushaltsrechnung 2002	12
Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Umdruck 15/3512	
6. Jahresbericht 2002 des Landesarchivs Schleswig-Holstein zu den Erfahrungen mit der Experimentierklausel nach § 10 a LHO	13
Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Umdruck 15/3420	
7. Landesbetrieb (§ 26 LHO) ErlebnisWald Trappenkamp; Abschlussbericht für das Jahr 2002 gemäß § 10 a LHO	14
Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft Umdruck 15/3423	
8. Landesforstverwaltung Schleswig-Holstein Jahresbericht gemäß § 10 a LHO für das Jahr 2002	15
Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft Umdruck 15/3511	

-
- | | |
|---|-----------|
| 9. ASH 2000: Unstimmigkeiten in den offiziellen Berichten über Förderfälle und Fördermittel bei den einzelnen Programmpunkten im Jahr 2001 | 16 |
| Berichts Antrag der Fraktion der FDP
Umdruck 15/3579 | |
| 10. Antrag der Landesregierung auf Entsperrung von 150.000 € bei Haushaltsstelle 0604-682 02, Kieler Flughafengesellschaft mbH | 17 |
| Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/3515 | |
| 11. Geschäftsbericht 2002 der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR | 18 |
| Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/3568 | |
| 12. Bericht über den Haushaltsablauf
Stand: 30. Juni 2003 | 19 |
| Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/3514 | |
| 13. Verwaltungsvereinbarung Wohnraumförderung | 20 |
| Vorlage des Innenministeriums
Umdruck 15/3510 | |
| 14. Verschiedenes | 21 |

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Tätigkeitsbericht 2003 des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein

Drucksache 15/2535

(überwiesen am 20. Juni 2003 an den Innen- und Rechtsausschuss und an alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

M Dr. Stegner äußert sich zuversichtlich, dass es sowohl bei der Abgabenordnung (Tz 4.10.1 und 4.10.5) als auch bei der elektronischen Signatur im Rahmen der Steuererklärung (4.10.2) zu einer einvernehmlichen, bundeseinheitlichen Lösung komme. Auch was die Datensicherheit von ELSTER und FISCUS angehe, könnten die Einwände des Datenschutzes durch vorherige, sorgfältige Testverfahren ausgeräumt werden. Zu vom Datenschutzbeauftragten unter Ziffer 4.10.4 angesprochenen Irritationen über die öffentliche Nutzung der Steuernummern weist er darauf hin, dass die Beschäftigten der Finanzverwaltung verpflichtet seien, sich vor Erteilung telefonischer Auskünfte von der Berechtigung des Anrufers zu überzeugen, und zwar nicht allein aufgrund der Kenntnis der Steuernummer. Den berechtigten Beanstandungen bei der automatischen Identitätsprüfung (4.10.6) werde durch eine Änderung des Verfahrens Rechnung getragen. Die Ermittlungsmaßnahmen der Steuerfahndung (4.10.7) seien ausschließlich an den Vorschriften der Strafprozessordnung und der Abgabenordnung zu messen; allerdings gebe es für die Ermittlungsbefugnisse der Steuerfahndungs-, Bußgeld- und Strafsachenstellen ausführliche Anweisungen zum Steuergeheimnis.

Der Landesdatenschutzbeauftragte, Dr. Bäumler, appelliert an den Gesetzgeber, in die Abgabenordnung endlich bestimmte datenschutzrechtliche Standards einzufügen. Den Steuerfahndungsstellen müssten klare Handlungsanweisungen zum Umgang mit dem Steuergeheimnis gegeben werden (4.10.7). Dr. Bäumler begrüßt, dass die Verantwortung für den IT-Bereich der Landesverwaltung jetzt in einer Hand beim Finanzministerium liege, und regt an, alle zentralen IT-Maßnahmen von Anfang an einem Datenschutz-Audit zu unterziehen.

Die Vorsitzende bittet die Landesregierung darum, die Frage der Verantwortung für die Arbeit der Steuerfahnder in Gesprächen zwischen dem für die Staatsanwaltschaft zuständigen

Justizministerium und dem für die Finanzverwaltung zuständigen Finanzministerium zu klären.

Abg. Wiegard bittet Dr. Bäumlner darum, den Ausschuss über den Stand der Umsetzung der Europäischen Datenschutzrichtlinie in den einzelnen Mitgliedstaaten der EU zu unterrichten.

Der Ausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht des ULD abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein an den Landtag und an die Landesregierung gemäß § 99 LHO über das Ergebnis der Prüfung „Reformvorhaben der Landesregierung; Bilanz der Modernisierung“

MDgt Dr. Eggeling teilt mit, dass von den Kosten des Reformprozesses in Höhe von 91 Millionen € allein 74 Millionen € für Informations- und Kommunikationstechnik ausgegeben worden seien.

St Wolff-Gebhardt macht noch einmal deutlich, dass man den konstruktiv-kritischen Dialog mit dem Rechnungshof über die Modernisierung der Verwaltung fortsetze, die ein kontinuierlicher Prozess sei. Im IuK-Bereich (Stichwort „E-Government“) suche man die Zusammenarbeit mit den Kommunen und den anderen Bundesländern.

Der Finanzausschuss bittet den Innen- und Rechtsausschuss, sich im Rahmen seiner Beratungen zur Verwaltungsstrukturreform innerhalb des nächsten Vierteljahres mit dem Sonderbericht des Rechnungshofs zu beschäftigen und dem Finanzausschuss ein Votum zukommen zu lassen. Danach soll zunächst eine Beratung in der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ stattfinden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Sanierung und Ausbau der Polizeiinspektion Plön, Hamburger Straße 30/32

Vorlage des Innenministeriums

Umdruck 15/3516

(im Innen- und Rechtsausschuss beraten am 20. August 2003)

St Lorenz trägt den Inhalt der Vorlage Umdruck 15/3516 vor.

VP Qualen möchte wissen, warum die Baukosten gegenüber den in der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage vom 5. Juni 2003 genannten Zahlen auf rund 5,3 Millionen € angestiegen seien, warum nicht die geplanten Strukturveränderungen der Polizei abgewartet und inwieweit der beabsichtigte Wegfall der Einsatzleitstelle der Polizei in Plön hinsichtlich des Raumbedarfs berücksichtigt würden, wie die Konditionen der Vorfinanzierung der Maßnahme durch die LVSH aussähen und ob es dafür eine haushaltsrechtliche Ermächtigung gebe.

St Lorenz bekräftigt, dass mit der dringend notwendigen Baumaßnahme durch das Vorgehen in zwei Bauabschnitten Veränderungen in der Organisationsstruktur der Polizei nicht präjudiziert würden (Umdruck 15/3516, Seite 4 oben). Der voraussichtliche Wegfall der Polizeileitstelle in Plön sei in den baulichen Planungen berücksichtigt worden. Die von VP Qualen angesprochene Differenz bei den Kosten der Maßnahme lasse sich dadurch erklären, dass in der Antwort auf die Kleine Anfrage lediglich die reinen Baukosten genannt seien, während in Umdruck 15/3516 die Gesamtkosten aufgeführt seien. Die Maßnahme sei haushaltsmäßig in Einzelplan 04 veranschlagt.

Herr Basten, Geschäftsführer der GMSH, teilt mit, die Gesamtkosten von 453.479 € für den ersten Bauabschnitt würden durch eine Mieterhöhung von 35.428 € refinanziert, davon 34.011 € für den Kapitaldienst. Über die Höhe der Miete pro Quadratmeter werde er den Ausschuss auf Wunsch von Abg. Arp schriftlich unterrichten.

Eine Frage von Abg. Heinold beantwortet St Lorenz dahin, zu dem im zweiten Bauabschnitt vorgesehenen Umbau der unter Denkmalschutz stehenden ehemaligen Pestalozzischule gebe es noch keine Entscheidung der Denkmalbehörde.

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss die erbetene Einwilligung zu der Maßnahme. Sollte es hinsichtlich des vorgesehenen zweiten Bauabschnitts zu Änderungen kommen, erwartet der Ausschuss eine zeitnahe Unterrichtung.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Vermeidung von Frühpensionierungen

Bericht des Innenministeriums
Umdruck 15/3513

(im Innen- und Rechtsausschuss beraten am 20. August 2003)

Die Vorsitzende und Abg. Heinold bekräftigen ihre Erwartung, seitens des Landesgesetzgebers alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, die Zahl von Frühpensionierungen deutlich zu reduzieren, und erkundigen sich nach dem Stand der Änderung des Landesbeamtengesetzes.

Abg. Neugebauer legt Wert darauf, die Möglichkeiten der Reaktivierung oder anderweitigen Verwendung von Beamtinnen und Beamten mehr als bisher zu nutzen und die geltenden Zumutbarkeitskriterien spürbar auszuweiten.

Abg. Wiegard erkundigt sich nach dem Stand der Ursachenforschung für Frühpensionierungen.

RL Seeck weist darauf hin, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landesbeamtengesetzes, Drucksache 15/2718, im Landtag zur Beratung anhängig sei. Auf Bund-Länder-Ebene werde sich eine Arbeitsgruppe „Prävention“ konstituieren. Das Bundesinnenministerium prüfe die Vergabe eines Auftrages über die Ursachenforschung für Frühpensionierungen wegen Dienstunfähigkeit. Eine anderweitige Verwendung sei nur innerhalb derselben Laufbahngruppe möglich.

Auch Abg. Fuß spricht die Möglichkeiten einer anderweitigen Verwendung an und schlägt vor, die Kriterien der Zumutbarkeit dahin gehend zu überdenken, einen Beamten auch auf einen ungleichwertigen Arbeitsplatz zu versetzen.

M Dr. Stegner macht darauf aufmerksam, dass Schleswig-Holstein die Möglichkeiten des Beamtenrechts ausschöpfe, und gibt zu bedenken, dass ein „allzu starkes Anziehen der Schraube“ beim Beamtenrecht auch kontraproduktiv wirken könne.

Abg. Heinold regt an, als Schleswig-Holsteinischer Landtag mit einem interfraktionellen Antrag den Bund aufzufordern, das Beamtenrechtsrahmengesetz schnellstmöglich und tiefgrei-

fend zu reformieren und beispielsweise die Kriterien der Zumutbarkeit - gerade auch vor dem Hintergrund der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt - deutlich zu erweitern.

Der Ausschuss nimmt den Bericht Umdruck 15/3513 zur Kenntnis und behält sich vor, im Rahmen der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Landesbeamtengesetzes weiter gehende Initiativen zur Modernisierung des Beamtenrechts zu ergreifen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage der Unterlagen für den Einzelplan 07 zur Aufstellung der Haushaltsrechnung 2002

Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Umdruck 15/3512

Die Vorlage wird zur Beratung an die Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ überwiesen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Jahresbericht 2002 des Landesarchivs Schleswig-Holstein zu den Erfahrungen mit der Experimentierklausel nach § 10 a LHO

Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Umdruck 15/3420

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Landesbetrieb (§ 26 LHO) ErlebnisWald Trappenkamp; Abschlussbericht
für das Jahr 2002 gemäß § 10 a LHO**

Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft
Umdruck 15/3423

Der Ausschuss stellt die Beratung bis zur Sitzung am 10. September 2003 zurück und erwartet bis dahin vom Umweltministerium die Vorlage eines gemäß HGB vorgeschriebenen vollständigen Jahresabschlusses inklusive Lagebericht.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Landesforstverwaltung Schleswig-Holstein
Jahresbericht gemäß § 10 a LHO für das Jahr 2002**

Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft
Umdruck 15/3511

VP Qualen weist darauf hin, dass in Umdruck 15/3511 die Gesamt-Ist-Ausgaben in Höhe von 16.885.000 € ausgewiesen würden, während sich aus der Haushaltsrechnung 2002 eine Ausgabensumme von 17.923.000 € ergebe. Er möchte wissen, worauf die Differenz von 1.038.000 € beruhe und welche Aussagekraft ein Jahresbericht nach § 10 a LHO habe, wenn derartige Differenzen aufträten.

Daraufhin stellt der Ausschuss auch über diese Vorlage die Beschlussfassung zurück.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**ASH 2000: Unstimmigkeiten in den offiziellen Berichten über Förderfälle
und Fördermittel bei den einzelnen Programmpunkten im Jahr 2001**

Berichts Antrag der Fraktion der FDP
Umdruck 15/3579

Der Ausschuss verständigt sich darauf, das Wirtschaftsministerium zu beauftragen, die von der FDP-Fraktion aufgeworfenen Fragen bis zu den Haushaltsberatungen schriftlich zu beantworten (siehe Umdruck 15/3638).

Punkt 10 der Tagesordnung:

Antrag der Landesregierung auf Entsperrung von 150.000 € bei Haushaltsstelle 0604-682 02, Kieler Flughafengesellschaft mbH

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/3515

(im Wirtschaftsausschuss beraten am 20. August 2003)

Abg. Heinold bittet das Wirtschaftsministerium, die Frage zu prüfen, ob die Bezuschussung mit EU-Wettbewerbsrecht vereinbar sei.

RL Riedel erwidert, dass es um einen Betriebsmittelzuschuss des Landes an die Flughafengesellschaft gehe.

Einstimmig willigt der Ausschuss in die beantragte Freigabe von 150.000 € an die Kieler Flughafengesellschaft mbH ein.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Geschäftsbericht 2002 der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR

Vorlage des Finanzministeriums

Umdruck 15/3568

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung:

**Bericht über den Haushaltsablauf
Stand: 30. Juni 2003**

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/3514

Abg. Wiegard spricht die Entwicklung bei der Körperschaftsteuer, der Gewerbesteuerumlage und der bisher getätigten Investitionen an.

M Dr. Stegner erwidert, die Landesregierung strebe an, so viele öffentliche Investitionen wie möglich zu realisieren. Hinsichtlich der dringend notwendigen Gemeindefinanzreform stehe die Landesregierung fest an der Seite der Kommunen und setze sich für eine Einbeziehung der Freiberufler in die Gewerbesteuer ein. Er teilt mit, dass die Steuereinnahmen im Juli um 12,5 % gestiegen seien, wovon Schleswig-Holstein aufgrund des Länderfinanzausgleichs allerdings kaum etwas habe.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Verwaltungsvereinbarung Wohnraumförderung

Vorlage des Innenministeriums
Umdruck 15/3510

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 14 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Dr. Garg möchte von der Landesregierung wissen, wie hoch die Kosten der Justizministerkonferenz am 11./12. Juni 2003 auf Schloss Glücksburg gewesen seien (insbesondere Kosten für Kommunikationsinfrastruktur und Miete).

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 12:15 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer